

FREIE BEITRÄGE

Research Note

Ueki Emori und die japanische Freiheits- und Bürgerrechtsbewegung (jiyū minken undō) – zugleich ein Beitrag zur japanischen Verfassungsgeschichte

Klaus Schlichtmann

Abstract

This study examines the international relations between Japan and the West, particularly with regards to the development of international and constitutional law, peace and statehood. During the Age of Discovery in the 15th and 16th centuries, international relations had intensified and reached a peak in the 18th century. The idea of a peaceful organisation of the world as a political union evolved with the Enlightenment, which thus laid the philosophical foundation for concepts such as international law, human rights and international cooperation. With the Hague Peace Conferences 1899 and 1907, an international legal community was constituted for the first time in the 20th century, the forerunner of the League of Nations and the United Nations. In this context, Japan was ideally destined to play a leading role. Japan wanted to give itself a new constitution and become a liberal democracy.

Keywords: Japan, Enlightenment, peace, military establishment, imperialism, national development, state formation, opening Japan to the world, Bismarck, Meiji Restoration, Franco-Prussian War, German militarism, Japan's 1947 Peace Constitution, world government, rule of law, world parliament, Hague Peace Conferences, Meiji Constitution, Fukuzawa Yukichi, Nakae Chomin, Iwakura-Mission

Klaus Schlichtmann works as a lecturer in the language department of a Japanese High School in Tokyo. He is also liaison and academic advisor to a Japanese peace organization, the *SA9 Campaign* ('Second' or follow the JC's Article 9), which aims to strengthen the UN and abolish war as an institution.

klaus.san@gmail.com

Die Aufklärung (Vorgeschichte)

Die historischen Ereignisse und Entwicklungen, die mit der Aufklärung begannen und dann auch Japan entscheidend beeinflussten, stehen hier im Mittelpunkt und sollen am Anfang dieser Untersuchung zunächst vorgestellt werden. Im Zeitalter der „Entdeckungen“ im 15. und 16. Jahrhundert waren die internationalen Beziehungen intensiver geworden und erreichten im 18. Jahrhundert einen Höhepunkt. Die Idee einer friedlichen Organisation der Welt als politische Vereinigung begann in der Aufklärung, die somit den philosophischen Grundstein für Konzepte wie internationales Recht, Menschenrechte und internationale Zusammenarbeit legte.

Das Zusammenspiel zwischen der europäischen Aufklärung, der indischen „Renaissance“ und Japans später Edo-Zeit, auch als „Bunka Bunsei-Periode“ (1804–1829) bekannt, tritt in dieser Zeit in Erscheinung. „In dieser Zeit wurde Edo [Tokio] der Mittelpunkt einer [...] verfeinerten [...] Kulturphase des städtischen Lebens. Im achtzehnten Jahrhundert gab es in den großen Städten bereits lukrative Verlagsbuchhandlungen.“ (Hall 1968, 225) Das Geschehen um 1800 ist als „kleine Achsenzeit“ ein später Meilenstein. Indien als „Achsenzeitkultur“ gehört zweifellos – wie Japan und China – in dieses Bild. Die Periode, die ich hier eine kleine Achsenzeit genannt habe, sah einen Friedensimpuls, der weltweit ausstrahlte und im Nachhinein wie eine Vorbereitung auf die Haager Friedenskonferenzen erscheint, die 100 Jahre später stattfanden, und auf denen sich erstmals für das 20. Jahrhundert – über Europa hinaus – eine internationale Rechtsgemeinschaft konstituierte, Vorläufer von Völkerbund und Vereinten Nationen. In dieser Geschichte nimmt auch Indien eine bedeutende Rolle ein. Ein neues Staatenkonzert war im Entstehen, das die ganze Welt umspannte. (Schlichtmann 1997)

Am 3. September 1791 war die erste geschriebene Verfassung Frankreichs verabschiedet worden, deren wichtigstes Grundprinzip die Einführung der Volkssouveränität war. Die Erklärung der Menschenrechte, die bereits am 27. August 1789 angenommen worden war, wurde in die Präambel der Verfassung aufgenommen. Bemerkenswert ist der Artikel 1 im 6. Abschnitt der Verfassung, dessen erster Satz lautete:

Die französische Nation entsagt aller Unternehmung eines Krieges, um Eroberungen zu machen, und wird nie ihre Armeen gegen die Freiheit irgendeines Volkes gebrauchen.¹ (Häberle 2017, 34)

Damit hatte Frankreich im Prinzip dem Krieg, insbesondere dem Eroberungskrieg, eine Absage erteilt. Weltweiter Handel, kulturelle Interaktion und zunehmende Interdependenz machten eine globale Friedensorganisation und internationale Verwaltung notwendig. Wissenschaftler wie Immanuel Kant (1724–1804), Jeremy Bentham (1748–1832), Jean-Jacques Rousseau (1712–1778) und andere hatten dies längst erkannt. Die Französische und die Amerikanische Revolution bereiteten die Welt auf das bevorstehende Zeitalter vor.

1 Der französische Verfassungsartikel fand Nachfolger, z.B. in der brasilianischen Verfassung 1891.

Der Wiener Kongress (1814–15) begründete nach den Napoleonischen Kriegen ein System der friedlichen Streitbeilegung. Der russische Zar Alexander I. hatte im Jahre 1815 eine Allianz christlicher Fürsten vorgeschlagen; auch die Vereinigten Staaten von Amerika sollten dem Friedensbund beitreten. Der britische Historiker Adam Zamoyski schreibt etwas abfällig: Alexander „hoffte, ‚mehr von jenen edelmütigen und leidenschaftlichen Gefühlen‘ in die internationalen Angelegenheiten hineinzutragen, die es den Nationen erlauben würden, sich ‚zur Errettung ihrer Freiheit miteinander zu vereinen‘ und brüderlichen Beistand zu leisten.“ (Zamoyski 2015) Zar Alexander hatte wohl auch Kenntnis von Gottfried Wilhelm Leibniz’ Plänen und sein Denken über internationale Ordnung und Friedensverträge, die in eine ähnliche Richtung wiesen.

In Indien war Bengalen die reichste Provinz. Am Hooghly River waren die britische und die niederländische Ostindien-Kompanie (gegründet 1600 bzw. 1602) mächtig und wohlhabend geworden. 1772 wurde Kalkutta die Hauptstadt von British-Indien. Die intellektuelle Elite Großbritanniens stand damals unter Einfluss der Aufklärung und war, wie David Kopf gezeigt hat, im Gegensatz zu den späteren Beamten in der Mitte des 19. Jahrhunderts „eher kosmopolitisch als nationalistisch“ und von einem Geist der Toleranz, des Rationalismus und der Suche nach klassischen Ideen des Humanismus und Universalismus beseelt. (Kopf 1996, 22)

1784 gründete der Orientalist William Jones (1746–1794) in Kalkutta die Asiatische Gesellschaft. Vedische und buddhistische Schriften wurden entdeckt, gesammelt und übersetzt, der alte Geist wiederbelebt, Geschichten geschrieben und Zivilisationen rekonstruiert. Bibliotheken wurden eröffnet, Druckereien gegründet und wichtige Schriften gedruckt und veröffentlicht. „Kalkutta lieferte, London verteilte, Paris filterte und verallgemeinerte.“ (Said 1984, IX) So beschrieb es der französische Orientalist Raymond Schwab. Die deutsche Rezeption führte zu einer Identifizierung vermeintlicher (und erfundener) kultureller Gemeinsamkeiten mit einem arischen Ursprung in Europa.

Als James Prinsep (1799–1840) 1837 „das Geheimnis der Brahmi-Schrift enträtselte“ und die Inschriften des buddhistischen Kaisers Ashoka Maurya (reg. 268–232 v. Chr.) entzifferte, war es eine Sensation. (Kopf 1996, 266) Ashoka ragt in der Weltgeschichte dadurch hervor, dass er auf den Krieg als Instrument der Politik verzichtete und stattdessen die Verbreitung des Dharma verkündete, der „guten Lehre“, verbunden mit einer traditionellen Ethik des Verhaltens, die auf Diskurs statt auf Macht beruhte. „Die Wiederentdeckung des buddhistischen Indiens war die letzte große Errungenschaft der britischen Orientalisten.“ (Kopf 1996, 266) „The figure of Buddha was growing larger in the world.“ (Schwab 1984, 111) Die berühmte Ashoka-„Säule der Wahrheit“ wurde nach dem Zweiten Weltkrieg zum Symbol des modernen Indiens. (Schlichtmann 2016)

In Japan hatten die Hollandstudien seit dem 18. Jahrhundert bewirkt, dass Japan mit der europäischen Kultur „besser vertraut war als alle anderen nichtwestlichen Völker,“ (Keene 1974, 292) ausgenommen vielleicht die Bengalen. Dabei handelte es

sich bei all diesen Bewegungen um einen Kulturaustausch, der wesentlich in beide Richtungen verlief. Die Anthropologen Carol A. Breckenridge und Peter van der Veer haben gezeigt, dass sich „der frühe Orientalismus parallel zur europäischen Aufklärung entwickelt hat.“ Nicht nur das, seine Inhalte waren „für das Abendland konstitutiv.“ (Breckenridge, van der Veer 1993, 7, 5) So hätte es ohne die Rezeption der Literatur, Religion, Kunst und Philosophie Indiens und des Fernen Ostens keine wirkliche europäische und westliche Aufklärung gegeben.

Die Hollandstudien (Rangaku Kaitei)

Im Gegensatz zu Indien war in Japan der Buddhismus noch lebendig, hatte sich aber weitgehend mit dem einheimischen Shintoismus vermischt. Daneben war der Neokonfuzianismus die vorherrschende Philosophie. Um die Mitte des 17. Jahrhunderts wurde die holländische Gelehrsamkeit (Rangaku) zu einer wichtigen Disziplin in Japan, und bereits um 1670 waren holländische Dolmetscher in Nagasaki „in der Lage, Japanisch zu sprechen und auch zu schreiben.“ (Cohen 1947, 291) Auf diese Weise gelangte ein umfangreiches Wissen über Japan in den Westen. Bald begannen auch gebildete Japaner, die auf der Nagasaki vorgelagerten Insel Deshima mit den Niederländern in Kontakt kamen, westliche Wissenschaften zu studieren. (Schlichtmann 2001)

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts war Edo, das heutige Tokio, bereits der kulturelle und politische Mittelpunkt Japans. Die ersten modernen Japaner, die „westliche Gelehrsamkeit“ (Yōyaku) pflegten, waren der Astronom und Geograf Nishikawa Joken (1648–1724) und der Konfuzianer Arai Hakuseki (1657–1725). (Arai 1980)² Der achte Shōgun, Tokugawa Yoshimune (1684–1751; reg. 1716–45), war ein Förderer der westlichen Wissenschaft. 1720 beendete er das bis dahin herrschende Verbot ausländischer Bücher und befahl einigen Gelehrten, Niederländisch zu lernen. Unter Tanuma Okitsugu (1719–1788), einem Daimyō, der durch die Führung der Staatsgeschäfte unter Shōgun Ieshige (1745–60) und Ieharu (1760–86) zur Macht aufgestiegen war, kam es in Deshima nicht nur zu einem besonders regen Austausch von Informationen, sondern auch von ausgefallenen Gegenständen mit den Niederländern. „Daimyōs sammelten Uhren und Ferngläser, tranken aus gläsernen Bechern und ließen sich sogar elektrische Experimente vorführen.“ (Hall 1968, 220) Etwa um die gleiche Zeit führte Shiba Kōkan (1738–1818) das kopernikanische Weltsystem ein. (Cohen 1947, 292)

2 Arai veröffentlichte zwei Bücher über den Westen, das *Seiyō Kibun* (*Eine seltsame Geschichte über den Westen*, 1715) und das *Sairan Igen* (Verschiedene Ansichten über die Geographie der Welt, 1713, rev. 1725). Das letztgenannte Werk, das fünf Bände umfasst, war von Tokugawa Ienobu in Auftrag gegeben worden und basierte auf dem Werk des italienischen Jesuitenmissionars Mateo Ricci.

Von 1769 bis 1786 vermittelten Karl Peter von Thunberg (1743–1828), ein schwedischer Arzt, und Isaac Titsingh (1745–1812), der auch die holländische Niederlassung/Faktorei Chinsurah³ in Kalkutta verwaltete und zwischen 1779 und 1796 dreimal der niederländische „Opperhoofd“, d. h. das Oberhaupt von Deshima, und zudem ein kundiger Gelehrter war, dem Westen japanisches Wissen. Titsingh korrespondierte zwanzig Jahre lang mit Edo-Gelehrten. (Schwebell 1981, 50) Im Jahr 1822 veröffentlichte er in London sein Buch *Illustrations of Japan*. (Lequin 1990) Man vermittelte so „den Japanern, die sich um ihre Quartiere scharten, eine Menge wissenschaftlicher Informationen aus erster Hand.“ (Hall 1968, 220) Zwischen 1750 und 1790 veröffentlichten die Ärzte und Pioniere der „Hollandkunde“ Maeno Ryōtaku (1723 –1803), Sugita Gempaku (1733–1817) und Ōtsuki Gentaku (1757–1828) Bücher über westliche Wissenschaft.

Japan bereitete sich sorgfältig auf das moderne Zeitalter vor. Bis 1869 hatten mehrere tausend Japaner westliche Wissenschaften studiert, vor allem auf Niederländisch, und neben englischen, französischen, deutschen und chinesischen Büchern wurden 670 Werke aus dem Niederländischen ins Japanische übersetzt.⁴ (Fujii 1982, 19) Ergebnis der Niederländisch-Studien-Bewegung war nach Donald Keene, dass die Japaner um 1800 „mit der europäischen Kultur vertrauter waren als alle anderen nicht-westlichen Völker,“ (Keene 1974, 292) mit Ausnahme der Kalkutteraner vielleicht.

Die japanische Freiheits- und Menschenrechtsbewegung (Jiyū Minken Undō)

Die o.g. Einflüsse legten den Grundstein für eine einheimische progressive intellektuelle Bewegung in Japan. Die Freiheits- und Menschenrechtsbewegung war eine politische und soziale Bewegung des späten 19. Jahrhunderts, die sich für bürgerliche Freiheiten, politische Teilhabe und demokratische Reformen einsetzte. Es begann in der frühen Meiji-Zeit, als Japan eine schnelle Modernisierung anstrebte. (Ienaga 1955) Es wird berichtet, dass der Protagonist der japanischen Aufklärung, Ueki Emori (1857–1892), der vielleicht einflussreichste Aktivist der *Jiyū Minken Undō*, als er 16 Jahre alt war, bereits in einem Aufsatz „Gefühle zum Ausdruck brachte,“ in denen er forderte „menschliches Leben zu respektieren und auf Krieg zu verzichten (*hitei suru*)“ und hinwies auf „die Notwendigkeit eines beratenden Gremiums (*kyōgi-tai*), um die Welt [...] zu vereinen.“ (Morifumi 2002, 16) Schon Thomas Paine sagte, „The world is my country.“ Für den Biographen Andrew Roth war Ueki daher der „Tom Paine der Demokratiebewegung,“ ein kluger „Theoretiker und Taktiker.“ (Roth 1946, 100)

3 William Jones nannte ihn den „Mandarin von Chinsurah.“

4 Nach Fujii waren unter den 670 Texten 130 Bücher über Medizin, 70 über Militärwissenschaft, 50 über Chemie und Physik, 40 über Astronomie und 30 über Politik.

1868 erfolgte die Meiji-Restauration (*Meiji ishin*), die nach der 1853 erzwungenen Öffnung Japans durch US-Commodore Matthew Calbraith Perry die Macht des japanischen Kaisers (*tennō*) wiederherstellte. Die *Jiyū Minken Undō* war eine Reaktion und wollte Japan in einen modernen, föderalistisch gegliederten Rechtsstaat verwandeln. Vorbild waren vor allem die Vereinigten Staaten von Amerika. Auch die Regierung unter dem Meiji-Tennō Mutsuhito (reg. 867–1912) leitete Reformen ein, mit dem Ziel, eine starke politische Zentralgewalt zu etablieren. 1881 verkündete der Meiji-Kaiser, Pläne für eine Verfassung auszuarbeiten. Mit der Abschaffung des alten Feudalsystems und der Samurai-Klasse sollten wirtschaftliche und politische Veränderungen eingeleitet werden. Bis zur Annahme der Meiji-Verfassung 1889 gab es insgesamt mehr als 40 Verfassungsentwürfe (Irokawa 1981), wobei nach Einschätzung des Historikers Saburo Ienaga (1913–2002) Ueki Emoris „Nationaler Verfassungsentwurf“ „der demokratischste aller existierenden Verfassungspläne“ war, was auch gegenwärtig die einhellige Auffassung im akademischen Mainstream ist. (Ienaga 1967) Nicht nur das, sein Entwurf war ein Modell und „Vorbild für die japanische Nachkriegsverfassung“ von 1947, (Obata 2008, 83) mit ihrer Betonung der „Menschenrechte“, „Volkssouveränität“ und „lokaler Autonomie“ als seine Hauptmerkmale. In der Tat ist „Die Verfassung Japans dem Entwurf von Emori Ueki sehr ähnlich.“ (Ienaga 1974, 321) Es war Ienaga Saburō, der bedeutende Historiker, der Ueki erstmals aus der historischen Versenkung holte. (Ghadimi 2017, 199)

Insgesamt sollte die Einführung westlicher Ideen, Liberalismus, Demokratie und Menschenrechte eine wichtige Rolle spielen. Japanische Intellektuelle wie Fukuzawa Yukichi (1835-1901) hoben die Bedeutung von individueller Freiheit und politischen Rechten hervor, die dazu beitragen sollten, die Grundlagen für die angestrebte nationale Erneuerung zu legen. Sein 1866 veröffentlichtes Buch *Seiyō-jijō* (Verhältnisse in der westlichen Welt) beschrieb „die fantastische neue Welt der Parlamente, Eisenbahnen, Dampfschiffe, Banken, Museen und Universitäten, die er auf seinen Reisen entdeckt hatte [...]“ (Hall 1968, 283) Da Ueki keine Fremdsprachen konnte, las er politische Abhandlungen, Autoren wie John Stuart Mill, Jean-Jacques Rousseau und Immanuel Kant, Bentham, Spencer und Tocqueville in japanischer Übersetzung. Er las die Geschichte der französischen und der amerikanischen Revolutionen und die Verfassungen der Vereinigten Staaten und Frankreichs und anderer Staaten, so wie er sie finden konnte. (Ghadimi 2017, 198) Diese Texte inspirierten japanische Aktivisten dazu, bürgerliche Freiheiten und eine Rechtsstaatlichkeit einzufordern. Lokale Eliten und ehemalige Samurai beklagten den bevorstehenden Verlust regionaler Autonomie und befürchteten, dass die Regierung nur ihre eigenen Interessen im Auge habe und ihre Privilegien beibehalten wollte. Ueki Emori besuchte ab 1875 in Tokio regelmäßig Vorlesungen von Yukichii Fukuzawa, (Ienaga 1955, 14) dessen Ideen ihn am stärksten beeinflussten. Er hörte seine Reden,

las eifrig seine Bücher, *Gakumon no Susume* (Ermutigung zum Lernen)⁵ und *Bun-meiron no Gairyaku* (Grundzüge einer Zivilisationstheorie)⁶ und war tief beeindruckt von den Ideen, die in diesen Werken vertreten wurden. (Ienaga 1955, 15) So entwickelte Emori seine modernen Ideen unter dem Einfluss der Aufklärung, wie sie von Fukuzawa und in zahlreichen Übersetzungen vermittelt wurde. (Ienaga 1955, 16)

Ende 1871, nachdem Bismarcks Reichsverfassung im April des Jahres verabschiedet worden war, entsandte die japanische Regierung eine Delegation in den Westen, um u. a. die verschiedenen Verfassungs- und Regierungssysteme zu studieren. Die sog. Iwakura-Mission wurde von dem Adligen Iwakura Tomomi (1825–1883) geleitet, einem führenden Vertreter der frühen Meiji-Regierung. Außerdem gehörten dazu auch der Jurist Nakae Chōmin (1847–1901), Ōkubo Toshimichi (1830–1878) und Itō Hirobumi (1841–1909), der die preußische Verfassung besonders intensiv studierte und in Kontakt mit deutschen Verfassungsexperten wie Lorenz von Stein (1815–1890) stand. (Zöllner 1990, 67) Insgesamt hielten sich die Reisenden 205 Tage in den USA und 372 Tage in Kontinentaleuropa auf. 1873 kehrte die Delegation in ihre Heimat zurück.

Ein Jahr später wurde die Risshisha gegründet, eine politische Gesellschaft, die von Itagaki Taisuke und anderen Samurai in der Domäne Tosa (heute Präfektur Kōchi, Japan) ins Leben gerufen wurde. Itagaki war ein ehemaliger Samurai und Regierungsbeamter, verließ die Meiji-Regierung, wurde ein Führer der *Jiyū Minken Undō* und setzte sich für ein parlamentarisches System und umfassende politische Rechte ein. Hauptziel war es, das Konzept einer konstitutionellen Regierung zu begründen, das umfangreiche Bürgerrechte garantieren sollte. Die Risshisha spielte eine entscheidende Rolle in der japanischen Freiheits- und Menschenrechtsbewegung. Im Jahr 1877 reichte die Vereinigung eine Petition ein, in der sie sich für die Einrichtung einer Nationalversammlung aussprach. Diese Petition war Teil umfassenderer Bemühungen, die Regierung zur Verabschiedung einer Verfassung und einer repräsentativen Versammlung zu drängen, wobei der Schwerpunkt auf der Einrichtung eines Parlaments lag, das den Bürgern eine Stimme bei der nationalen Entscheidungsfindung geben sollte. Ueki Emori, Mitglied der Risshisha, unterstützte deren Petition.⁷

Aktivistinnen wie Itagaki Taisuke (1837–1919) und Ueki Emori spielten eine zentrale Rolle. 1874 gründete Itagaki die Aikoku Kōtō (Öffentliche Partei der Patrioten), eine der ersten politischen Parteien in Japan. Itagaki wurde am 14. Mai 1882 von einem Samurai namens Kurasawa Genzō attackiert. Der Angriff ereignete sich, als Itagaki auf einer politischen Kampagne für seine neu gegründete Jiyūtō (Liberale Partei)

5 Das Buch ist 2012 mit dem Titel *An Encouragement of Learning* in englischer Übersetzung erschienen (Columbia).

6 Das Buch ist 2008 mit dem Titel *An Outline of a Theory of Civilization* in englischer Übersetzung erschienen (Columbia).

7 Die Nationalbibliothek hat detaillierte Informationen zu den Ereignissen online: <https://www.ndl.go.jp/modern/e/cha1/index.html>.

unterwegs war. Schwer verletzt soll Itagaki die Worte gesagt haben: „Itagaki mag sterben, aber die Freiheit wird niemals sterben,“ die zu einem Symbol für die demokratische Bewegung in Japan wurden.⁸ Noch heute sind diese berühmten Worte den Japanern, interessanterweise, wie ich feststellen konnte, auch allen Studenten, in Erinnerung. Ein gutes Omen!

Uekis „Verfassungsentwurf für die große orientalische Japanische Nation“ (*Tōyō Dai Nippon Kokken An*)⁹ sah, dem amerikanischen Vorbild folgend, 70 unabhängige „Staaten“ (*shū*) vor, die „eine föderale Regierung bilden sollten, die sich an die Aufteilung der legislativen, exekutiven und judikativen Befugnisse halten würde. Die Streitkräfte sollten ausschließlich zur Verteidigung der Verfassung und nicht zur Führung ausländischer Kriege eingesetzt werden.“ Insofern ähnelt Uekis Konzept dem des Nakae Chomin, der einen „reichen Staat“ befürwortete, aber meinte, dass

dieses Ziel ‚starke Waffen‘ ausschließe. Als Pazifist lehnte er die Einberufung einer nationalen Armee ab und befürwortete stattdessen die Bildung freiwilliger Milizen zum Schutz rein lokaler Interessen. Nakae glaubte, dass der universelle Geist der Zivilisation in der Freiheit, der Volkssouveränität und den Menschenrechten liegt, und er prangerte westliche Praktiken an, die gegen diese Ideale verstießen. Also lehnte er den Aufbau eines Imperiums ab und vertrat die Ansicht, dass Japan eine kleine Macht bleiben sollte, die den benachbarten asiatischen Staaten hilft, sich gegen die koloniale Übernahme durch den Westen zu wehren. (Wakabayashi 1998, 9)

Auch für Ueki ist Freiheit das Allerwichtigste, denn ohne sie, schreibt er, „wäre der Mensch wie ein Vogel im Käfig.““ (Ueki 1949, 25) Ebenso wichtig fand er das Wissen. „Nichtwissen ist der Weg zur Hölle,“ schrieb er. (Ienaga 1949, 21)

Uekis 35 Artikel umfassende Charta der Rechte sah den „Schutz vor Folter und Todesstrafe, das Recht auf freie Meinungsäußerung, Versammlungs- und Religionsfreiheit sowie das Recht auf Ungehorsam und bewaffneten Widerstand gegen unrechtmäßige oder ungerechte staatliche Maßnahmen vor.“ Das japanische Volk konnte ermächtigt werden, „seinen Kaiser und seine Regierung zu stürzen, wenn es nötig wäre, um seine ursprünglichen Rechte und seine Freiheit wiederzuerlangen.“ (Wakabayashi 1998, 8) Ueki lehnte auch ab, „den ‚Kaiser‘ als heilig zu betrachten.“ (Obata 2008, 96)

8 Ich habe das Messer im Jiyū Minken Undō Museum, wo es ausgestellt ist, selbst gesehen.

9 <https://ja.wikisource.org/wiki/東洋大日本國々憲案>

und eine Vertretung haben sollte, auch die Nationen Rechte und eine Vertretung auf der Weltbühne haben sollten, schuf er die Grundlage für spätere Entwicklungen. Ohne eine Weltregierung, die ihnen zur Seite steht, so Ueki, wären insbesondere kleine Länder nicht in der Lage, ihre eigene Sicherheit und Autonomie zu gewährleisten. (Ghadimi 217, 210) Seine Vorschläge waren für die damalige Zeit radikal, vor allem im Kontext des späten 19. Jahrhunderts, da Japan gerade anfang, sich mit westlichen politischen Ideen praktisch auseinanderzusetzen. Er plädierte für ein internationales Regierungssystem und forderte ein wirksames System des internationalen Rechts – Ueki nannte es *Bankoku-Kōhō* – was übersetzt so viel wie „internationales öffentliches Recht“ oder Völkerrecht bedeutet. Dazu gehörten gemeinsame Grundsätze der Gerechtigkeit und Zusammenarbeit und eine Verwaltung, die die Beschlüsse eines Weltparlaments umsetzen und die Einhaltung internationaler Normen gewährleisten sollte. 1881, demselben Jahr, in dem Ueki seinen Aufruf zur weltweiten Föderation veröffentlichte, forderte er die Unabhängigkeit von Ryūkyū, dem heutigen Okinawa, obwohl es 1879 als Präfektur in den japanischen Nationalstaat eingegliedert worden war. (Ghadimi 2017, 211)

Auch Uekis Konzept eines *Bankoku Kyōgi Seifu*, zu verstehen als eine „deliberative Weltregierung“ oder „Weltparlament“, in der die Vertreter verschiedener Nationen über globale Fragen beraten und entscheiden könnten, ist bemerkenswert. Dieses Gremium würde dafür sorgen, dass die einseitige Dominanz einer einzelnen Macht vermieden und Entscheidungen im Konsens und im Dialog getroffen werden könnten. Das Völkerrecht sollte als Instrument zur Erhaltung des Weltfriedens und zur Verhinderung von Konflikten zwischen den Nationen dienen. Durch die Schaffung eines gemeinsamen Rechtsrahmens, der für alle Nationen gelten sollte, würde die Wahrscheinlichkeit von Kriegen verringert und der gegenseitige Respekt gefördert. (Ienaga 1967) Sein Konzept der Idee/Realisierung universeller Rechte und demokratischer Teilhabe waren für die *Jiyū Minken Undō* von zentraler Bedeutung.

Ueki Emoris Gedanken zum Völkerrecht und zu einem Weltparlament waren seiner Zeit weit voraus und weisen eine bemerkenswerte Ähnlichkeit mit späteren Entwicklungen in der internationalen Diplomatie und in internationalen Organisationen auf. Er nahm damit Elemente dessen vorweg, was wir mit modernen internationalen Organisationen wie dem Völkerbund und später den Vereinten Nationen assoziieren. Uekis Ideen waren stark vom westlichen liberalen Denken geprägt, einschließlich der Grundsätze der Aufklärung und der Schriften europäischer Denker wie Jean-Jacques Rousseau und Immanuel Kant. In Tokio las Ueki „Übersetzungen über westliches Recht, Politik, historische Geographie und Naturwissenschaften.“ (Morifumi 2002, 16) Uekis Vorschläge für internationale Zusammenarbeit und Governance deckten sich mit den europäischen Plänen für einen immerwährenden Frieden und der Idee einer kosmopolitischen Rechtsordnung. Ueki betonte, dass das Völkerrecht als Instrument zur Erhaltung des Weltfriedens und zur Beilegung von Konflikten zwischen den Nationen dienen müsse. Er erklärte dies folgendermaßen:

Die Nationen der Welt können durch eine universelle Regierung und eine einheitliche Verfassung geschützt werden, und internationale Streitigkeiten können beigelegt werden. Wenn alle Nationen der Welt durch eine universelle Regierung und eine Verfassung der vereinigten Nationen geschützt wären und internationale Streitigkeiten beigelegt werden könnten, könnte jede Nation unterteilt werden und die direkte Demokratie wäre leichter umzusetzen. Dies würde auch die direkte Demokratie erleichtern. Zum Beispiel können die Armeen für den Inlandsgebrauch je nach Situation des Landes etwas ausgerüstet werden, aber für den Auslandsgebrauch benötigen sie vielleicht nur sehr wenig oder gar keine Rüstung und sollten am Ende des Tages ganz abgeschafft werden. Dies ist nicht nur ein großer Vorteil. Wenn nämlich die Kosten für Land- und Seestreitkräfte in irgendeiner Nation der Welt so hoch sind, dass sie den Menschen keinen Schaden zufügen, dann kann es keinen Zweifel daran geben, dass eine Nation ihren Wohlstand steigern sollte, wenn sie ihre militärischen Kräfte reduziert. (Morifumi 2002, 27)¹¹

Diese fortschrittlichen und zukunftsweisenden Beiträge wurden auch nach dem Zweiten Weltkrieg als Teil des intellektuellen Erbes der japanischen Demokratiebewegung und ihrer frühen Auseinandersetzung mit Konzepten der Global Governance und des Völkerrechts gewürdigt. Eine Weltregierung würde die Beziehungen zwischen den Staaten harmonisieren und sollte keine Zwangsinstanz sein. Morifumi bedauert, dass „bisher keine [hinreichende] Forschung stattgefunden hat, die sich mit der historischen Entwicklung der Außenpolitik von Ueki Emori befasst.“ (Morifumi 2002, 15) Ein bekanntes chinesisches Werk, das diese japanischen Bestrebungen ebenfalls widerspiegelt, ist das Buch *Da Tongshu* (Das Buch von der großen Einheit) des Chinesen Kang Youwei (1858–1927), „der umfassendste Entwurf eines idealen Gesellschaftssystems, das China je hervorgebracht hat.“ (Bauer 1971, 414)

Die Jiyū Minken Undō hatte wie schon erwähnt auch zur Gründung politischer Parteien wie der Liberalen Partei (Jiyūtō) und der Konstitutionellen Fortschrittspartei (Rikken Kaishintō) geführt, die sich für repräsentative Institutionen und eine verfassungsmäßige Regierung einsetzten. Sprachrohr der liberalen Partei (Jiyūtō) war die Zeitung *Jiyū Shimbun*, deren Herausgeber Ueki war.

Was die Durchsetzung einer demokratischen, freiheitlichen Verfassung betraf, wie sie Ueki vorschlug, so waren inzwischen international Veränderungen eingetreten, die diese Entwicklung verhinderten. 1870/71 hatte Preußen Frankreich besiegt und damit auch eine Änderung in der politischen Wahrnehmung Japans verursacht. Bis dahin hatten französische Militärberater den Japanern als Ausbilder zur Seite gestanden. Ueki war auch von den Veränderungen betroffen. Er hatte sich 1873, gerade 16 Jahre alt, in eine progressive Schule eingeschrieben, die von Toyonori Yamauchi gegründet wurde, einem ehemaligen Samurai, der jungen Männern westliche politische Ideen, Rechtswissenschaften und Regierungsführung beibringen wollte. Ueki erfuhr, „dass die Schule Französischunterricht mit dem Ziel der Ausbildung von Armeeoffizieren sei“ und dass alle Schüler dies im Hinterkopf haben sollten. „Das enttäuschte Ueki sehr, da er nicht die Absicht hatte, Soldat zu werden,“ im Gegenteil.

11 Morifumi zitiert aus Ueki Emori, *Ausgewählte Werke*, S. 67.

(Ienaga 1955, 13) Als im August des Jahres die Schulregeln geändert wurden, nutzte er die Gelegenheit und „beschloss, die Schule zu verlassen [...] trotz des Widerstands des Direktors und der Familie Yamauchi.“ (Ienaga 1955, 13) Vielleicht wurden die Schulregeln geändert, weil es aufgrund des deutschen Einflusses, nachdem Deutschland den Krieg gegen Frankreich gewonnen hatte, neue Einschränkungen der politischen Betätigung und der Bildung in Japan gegeben hatte. Im preußischen Stil wurde Wert auf Ordnung, Disziplin und staatliche Kontrolle der politischen Meinungsäußerung gelegt und Schulen und Universitäten wurden einer stärkeren staatlichen Kontrolle unterworfen. Auch das konnte Ueki nicht gefallen.

Tatsächlich waren es nun die Deutschen, die mehr und mehr das Sagen hatten. Das preußische Modell garantierte einen starken Staat, den selbst japanische Reformatoren wie Itō Hirobumi, der „Baumeister des modernen Japan,“ (Hori Makiyo) bevorzugten. Die japanische Führung wollte westliche Elemente nur selektiv übernehmen. Der deutsche Imperialismus und Militarismus und die Reichsverfassung wurden zunehmend als Vorbilder empfunden. Dies hatte zur Folge, dass die japanische Regierung sich gegen den Vorschlag von Ueki Emori entschied. Mit dem Sieg Preußens gegen die französischen Truppen bei Sedan, so Ghadimi, habe Bismarck an Einfluss gewonnen. „Furcht und Respekt“ seien weltweit das Ergebnis gewesen und könnten Japan, die Stärke Preußens vor Augen, dazu verleiten, selbst Krieg zu führen, wie es Preußen getan hatte. (Ghadimi 2017, 214)

Die Entscheidung war das Ergebnis einer gezielten Strategie der Meiji-Oligarchie, die sicherstellen wollte, dass der Kaiser als höchste Autorität fest verankert blieb und die militärischen „Vorrechte“ des „Kaisers“ garantiert würden. Westliche Berater wie Lorenz von Stein beeinflussten die Entscheidung für die deutsche Verfassung, die versprach, Japan Stabilität und Kontrolle zu gewährleisten. Die deutsche Reichsverfassung bot ein Modell, das die Macht des Monarchen und die zentrale Rolle des Kaisers und des autoritären Reichskanzlers stark betonte. Ueki Emoris liberal-demokratischer Entwurf wurde als potenziell destabilisierend angesehen und ließ die Meiji-Führung einen Machtverlust der Zentralregierung und des Kaisers befürchten.

Insgesamt gab es erhebliche Proteste und Widerstand gegen die Entscheidung der japanischen Regierung, sich an dem autoritären Verfassungsmodell nach deutschem Vorbild zu orientieren. Liberale und demokratisch gesinnte Intellektuelle, politische Aktivisten sowie Mitglieder der aufstrebenden Mittelklasse und oppositionelle Parteien forderten eine repräsentative und freiheitliche Verfassung. Die Freiheitspartei (Jiyūtō) und die Konstitutionelle Fortschrittspartei (Rikken Kaishintō) kritisierten die Entscheidung der Regierung scharf und forderten eine Verfassung nach britischem oder französischem Vorbild, die eine stärkere parlamentarische Kontrolle und umfassendere Bürgerrechte garantieren konnte.

Die stärkste Reaktion kam von der Jiyū Minken Undō. Die Aktivisten dieser Bewegung, darunter auch Ueki Emori selbst, sahen in der Entscheidung der Regierung einen Rückschritt in ihren Bemühungen um eine liberale Verfassung. Das gewählte

Modell der deutschen Reichsverfassung betonte die Macht des Kaisers zu sehr und schloss das Volk von einer wirklichen politischen Mitsprache aus. Durch Petitionen und organisierte Massenproteste und Versammlungen wurde versucht, im ganzen Land Druck auf die Regierung auszuüben.

Der Hauptvorwurf war, dass die Regierung die Entscheidung für die Verfassung ohne breite Konsultationen mit der Bevölkerung getroffen hatte, wie man früh gefordert hatte, also eine nationale Versammlung einzuberufen und eine Verfassung mit echter Bürgerbeteiligung zu entwerfen. Die Opposition nutzte Zeitungen, Pamphlete und öffentliche Foren, um die Vorteile einer liberaleren Verfassung zu propagieren.

In einigen Fällen führte der Protest gegen das autoritäre Verfassungsmodell zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. In Teilen des Landes, insbesondere in ländlichen Gebieten, wo sich Bauern und Landbesitzer der Bewegung angeschlossen hatten, kam es zu Aufständen und Aufruhr. Die Regierung reagierte mit Repressionen, verhaftete führende Vertreter der liberalen Bewegung, schloss Zeitungen und verbot politische Versammlungen.

Obwohl die Proteste die Verabschiedung der Verfassung von 1889 nicht mehr hatten verhindern können, bildeten sie längerfristig die Grundlage für eine starke zukünftige politische Kultur in Japan. Viele Intellektuelle und politische Aktivisten, die sich damals gegen das preußische Modell aussprachen, traten später in den 1920er Jahren wieder in Erscheinung, als Japan unter dem Einfluss der Taishō-Demokratie politische Reformen einführte. Ihr Widerstand prägte das politische Bewusstsein einer Generation, die für eine parlamentarische und repräsentative Regierung gekämpft hatte.

Nach dem 2. Weltkrieg trug Uekis Verfassungsentwurf entscheidend zur Entstehung der neuen, freiheitlich-demokratischen japanischen Verfassung bei – ein später Sieg und Triumph!

Die Emser Depesche

Die Gründung des Deutschen Reiches 1871, die zur deutschen Einigung führte, beruhte in mancher Hinsicht auf einem Schwindel. Preußen wollte mit den europäischen imperialen Mächten in einen Wettstreit treten und das Gleichgewicht zu seinen Gunsten verändern, um im Konzert der Mächte zu dominieren und den Einfluss auf andere Nationen militärisch abzusichern.

Die Depesche war ein Telegramm, das König Wilhelm I. von Preußen an Otto von Bismarck, den preußischen Ministerpräsidenten, schickte. Es berichtete über ein Treffen zwischen dem König und dem französischen Botschafter in Bad Ems, bei

dem der Botschafter versichern sollte, dass kein Kandidat aus dem Haus der Hohenzollern jemals für den spanischen Thron zur Verfügung stehen dürfe.¹²

Bismarck kürzte den Text, bevor er ihn veröffentlichte, um die Depesche provokativ erscheinen zu lassen. Die Veröffentlichung der gefälschten Fassung in der Presse heizte die öffentliche Meinung auf beiden Seiten an. „Bismarck wusste ganz genau, dass die Veröffentlichung der redigierten Depesche aus Ems keine andere Antwort als die Kriegserklärung mehr zuließ: das hat er provoziert [...] hier liegt [...] seine ‚Schuld‘ an diesem Krieg.“ (Salewski 1993, 90) Am 19. Juli 1870 erklärte Frankreich Preußen den Krieg.

Wie auch immer man die Querelen zwischen den europäischen Herrscherhäusern beurteilen mag, die Manipulation der Emser Depesche veränderte nicht nur den Lauf der europäischen Geschichte. Sie förderte weltweit den Militarismus und Autoritarismus. Das Ereignis des Deutsch-Französischen Krieges beeinflusste die ideologischen Strömungen der Zeit und führte zu einer Verschiebung in der internationalen Politik, in der militärische Stärke und autoritäre Führung zunehmend an Bedeutung gewannen. Der Historiker Michael Salewski bringt es auf den Punkt: „Die Völker lebten [...] seit 1871 nicht so sehr in einer ‚Nachkriegs-‘ und ‚Friedenszeit‘ als in einer ständigen ‚Vorkriegszeit‘. [...] Fortan würde der Krieg nie mehr das sein, was er im 18. und 19. Jahrhundert gewesen war.“ Salewski fragt weiter: „[...] hat die Politik der Europäischen Staatsmänner daraus die notwendigen Konsequenzen gezogen?“ (Salewski 1993, 97 und 94)¹³

Der erfolgreiche Einsatz von diplomatischer Manipulation und militärischer Macht zur Erreichung nationaler Ziele, wie es Bismarck demonstrierte,¹⁴ fand Nachahmer, sodass Japan und andere Länder begannen, ihre eigenen Streitkräfte nach preußischem Vorbild zu modernisieren, was zu einem Wettrüsten und einer Militarisierung der Politik beitrug. Diese Entwicklung legte den Grundstein für die instabile geopo-

12 Königin Isabella II von Spanien hatte durch einen Putsch im September 1868 ihren Thron verloren. Es ging also um die Frage, wer ihr Nachfolger werden sollte. Ein möglicher Kandidat war Leopold von Hohenzollern, der mit dem preußischen König Wilhelm I., dem späteren deutschen Kaiser, verwandt war. Otto von Bismarck riet zur Annahme des Angebotes und Leopold willigte im Juni 1870 ein. Als der französische Botschafter in Spanien wenig später davon erfuhr, führte dies zu Protesten in Frankreich. Die französische Regierung drohte mit Krieg und Leopold zog seine Kandidatur zurück. Frankreich fürchtete, dass ein Hohenzollern-Prinz auf einem spanischen Thron das europäische Machtgleichgewicht zugunsten Preußens verschieben würde. Auch könnte Preußen nun Frankreich von beiden Seiten – im Norden und im Süden – einkreisen.

13 Auf heute bezogen könnte dies zu der Einsicht führen, dass eine Änderung dieser militaristischen Ausrichtung und eine Neuorientierung der Politik heute von Deutschland und Europa ausgehen muss, gegründet auf der Erkenntnis, dass Kriege nicht mehr geführt werden können.

14 Bismarck hatte die entscheidende Weichenstellung vollzogen und den politischen Kurs bestimmt: „Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden – das ist der Fehler von 1848 und 1849 gewesen – sondern durch Eisen und Blut.“ (Rede am 30. Sept. 1862 vor dem preußischen Landtag) Damit sei militärische Stärke (Eisen für Waffen und Blut für Opfer) notwendig für die Erreichung politischer Ziele, ein klares Zeichen gegen diplomatische oder parlamentarische Lösungen.

litische Lage in Europa, die 1914 in den Weltkrieg, den ersten „totalen Krieg“ mündete. Die Erzielung der Reichseinheit diente nicht dem Zweck der Förderung des internationalen Friedens, wie ihn Victor Hugo und andere Pazifisten forderten; das neu gegründete Kaiserreich wollte expandieren und strebte nach einer dominanten Rolle auf der Weltbühne.

Die Entscheidung Japans, deutsche Militärberater einzusetzen, hatte langfristige Auswirkungen auf die militärische Entwicklung des Landes und trug zur militärischen Expansion Japans in den folgenden Jahrzehnten bei. Japan übernahm viele Aspekte der preußischen Militärorganisation, -ausbildung und -taktik, was zur Modernisierung und Stärkung der japanischen Armee beitrug. Dies hatte weitere Folgen, die sich auch auf den Rest der Welt auswirkten. Die Übernahme des deutschen Verfassungsmodells hatte dabei eine entscheidende Rolle gespielt.

Die Haager Friedenskonferenzen

Letztendlich trug der deutsche Militarismus nach dem gewonnenen Krieg gegen Frankreich zum Scheitern der Haager Friedenskonferenzen bei. Mit der Gründung des Deutschen Kaiserreichs hatte Deutschland, besonders nach 1890 durch die nach Bismarcks Entlassung von Wilhelm II. initiierte sogenannte „Weltpolitik“, eine zunehmend aggressive Außen- und Militärpolitik verfolgt, die sich in einem Expansionsstreben und Wettrüsten widerspiegelte.

Aber glaubte man wirklich, dass eine auf Gewalt und Abschreckung basierende europäische Friedensordnung überlebensfähig war? War doch inzwischen die Idee einer Organisation des Friedens auf der Grundlage friedlicher Koexistenz zu weit fortgeschritten, als dass sie noch ignoriert werden konnte. Die internationale Friedensbewegung, Diplomaten und selbst Regierungen unterstützten das Ziel der Haager Friedenskonferenzen, internationale Konflikte durch diplomatische Mittel zu lösen und Abrüstungsabkommen abzuschließen. Internationale Friedens- und Freiheitsbewegungen hatten im 19. Jahrhundert, auch in Indien und in Ostasien, lautstark ihre Interessen artikuliert und die öffentliche Meinung beeinflusst und mobilisiert. Es war klar geworden, dass der Friede nicht militärisch gesichert werden kann. Für die „fraglos vorhandene Gemeinschaft der Interessen“ musste nun „die entsprechende internationale Organisation“ gefunden werden, wie der deutsche Völkerrechtler Walther Schücking bemerkte. (Schücking 1918, 63)

Eine detaillierte Analyse und Kritik moderner Kriegsführung kam von dem polnischen Bankier Iwan Bloch (Jean de Bloch, 1836–1902). Diese erste Arbeit der Friedensforschung trug den Titel *Der zukünftige Krieg in seiner technischen, wirtschaftlichen und politischen Bedeutung*. Bloch forderte einen internationalen Gerichtshof und zeigte, dass zukünftige Kriege fatal wären (und damit unmöglich), und zwar aus drei Gründen: 1. Die moderne Kriegsführung macht es unmöglich, einen schnellen Sieg zu erzielen, 2. die Zahl der Kriegstoten wäre übermäßig und 3. der Krieg der Zukunft würde eine wirtschaftliche Katastrophe herbeiführen. Das Buch wurde ins

Französische, Englische, Deutsche und Japanische übersetzt und viel gelesen, unter anderem von den deutschen Militaristen, die den Krieg vorbereiteten. (Bloch 1899)

Es erschien wie die Erfüllung eines Jahrhunderte alten Traums, wie er in zahlreichen europäischen Friedensplänen zum Ausdruck gekommen war, als im Mai 1899 der russische Zar Nicholas II (der Blochs Buch kannte) und Königin Wilhelmina der Niederlande offiziell zur ersten Haager Friedenskonferenz einluden. Die Zeit war reif für eine großartige Idee, eine Konferenz, eine Zusammenkunft der Nationen zur Abrüstung und Organisation des Friedens. Es war keine normale Friedenskonferenz, wie sie nach Beendigung eines Krieges üblich war: die durch die Aufklärung gut vorbereitete Konferenz fand in Friedenszeiten statt.

Es war die Chance des Jahrhunderts, dem „Militarismus der zivilisierten Welt“ eine Absage zu erteilen, Ländern wie China und Japan den Abstieg „auf das Kriegsniveau von England, Frankreich, Deutschland und Russland“ zu ersparen und zu verhindern – wie der amerikanische Pazifist Benjamin Trueblood warnend anmerkte –, dass sich das „bewaffnete Lager Europa“ zum „bewaffneten Lager der Welt“ entwickelte. (Trueblood 1899, 52-53) Aber genau das passierte, aufgrund der politischen Entwicklungen in Europa, und dabei hatte der deutsche Militarismus nach dem gewonnenen Krieg gegen Frankreich eine entscheidende Rolle gespielt.

Deutschland, unter dem Einfluss seiner militärischen Führung und imperialistischen Ambitionen, zeigte wenig Interesse an den friedlichen Lösungen, die in Den Haag diskutiert wurden. Das Deutsche Reich war nicht bereit, seine militärischen Ambitionen aufzugeben. Unterstützt wurde es u.a. von Österreich-Ungarn und der Türkei, nur europäische Länder, die gegen die obligatorische Gerichtsbarkeit stimmten, insgesamt 11,3% der 1907 versammelten 44 teilnehmenden Nationen. Im Gegensatz dazu unterstützten unter anderem Russland, China, die USA, England und Frankreich das Ziel der Konferenzen, eine friedliche internationale Ordnung zu schaffen. Deutschlands Fokus auf militärische Stärke und Expansion stand in direktem Widerspruch zu diesen friedlichen Bemühungen, die auch Japan unterstützt hatte. Dies trug letztlich zu ihrem Scheitern bei. Da die grundlegenden Spannungen und das Streben nach Macht und Einfluss in Europa nicht überwunden werden konnten, kam es zum Ausbruch des Ersten und schließlich des Zweiten Weltkriegs. Der einzige Ausweg heute, der eine Umkehr dieses Trends bewirken und aus der Spirale von Rüstungswettlauf und Krieg herausführen könnte, ist eine radikale Kehrtwende, die Bezug nimmt auf die Haager Friedenskonferenzen, angeführt wird von den europäischen Mächten und idealiter initiiert von der Bundesrepublik Deutschland.

Uekis freiheitliche Verfassung wurde schließlich nach dem Zweiten Weltkrieg zum Vorbild für den „detailliertesten, liberalsten und wichtigsten“ Verfassungstext, vorgestellt vom „Ausschuss zur Erforschung der Verfassung“ (*kempō kenkyūkai*) und verfasst von Suzuki Yasuzo (1904–1983), einem bedeutenden Ueki-Forscher.

(Kempō Chōsakai 1961, 303)¹⁵ Dieser Ausschuss wurde von prominenten japanischen Liberalen wie Takano Iwasaburo (1871–1949), Morito Tatsuo (1888–1984) und federführend von Suzuki Yasuzo geleitet. (Suzuki 1975) Suzuki veröffentlichte seine Vorschläge am 16. Dezember 1945 und legte anschließend dem Kabinett Shidehara seinen Entwurf für eine Verfassungsrevision vor. (McNelly 2000, 60) Theodore McNelly bestätigt, dass „sowohl [Milo] Rowell als auch Kades seine Bedeutung für die Arbeit der Verfassungsschreiber der GS [Government Section] hervorgehoben haben.“ (McNelly 2000, 60 und Okoshi 2018, 13)¹⁶ Dies war der einzige japanische Verfassungsentwurf, der vollständig übersetzt und Ende 1945 „an MacArthur weitergegeben“ wurde. (Hellegers 2001, 502) Der Entwurf wurde um den 27. Dezember „in Japanisch und Englisch“ (Hellegers 2001, 766, Anm. 93) auch dem GHQ (General Headquarters) vorgelegt. (Schlichtmann 2023) Es war dieser Entwurf, von dem die Amerikaner später frei abschreiben konnten.

Die japanische Verfassung wird häufig als ‚MacArthur-Verfassung‘ bezeichnet, weil amerikanische Juristen sie während der Besatzung Anfang Februar 1946 in nur zehn Tagen geschrieben haben. Die Verfassung enthält jedoch einen beträchtlichen Anteil progressiven japanischen Denkens. Liberale Vorstellungen der Japaner haben durch Milo E. Rowell im Hauptquartier (GHQ) des Oberkommandos der Alliierten Streitkräfte Eingang in den amerikanischen Entwurf gefunden. Rowell war verantwortlich für den Empfang der japanischen Vorschläge für die neue Verfassung, welche GHQ für seine Zwecke nutzen wollte. Der Entwurf, den die Amerikaner aus einer Anzahl von Vorschlägen japanischer nicht-staatlicher Gruppen primär konsultierten, war von der *kempō kenkyūkai*. (Schlichtmann 2009, 101, Anm. 104)

Ueki starb am 23. Januar 1892 im Alter von 34 Jahren, kurz nachdem er bei den Wahlen 1890 noch einen Parlamentssitz bekommen hatte.

¹⁵ Zitiert in Hori. 1988, 234.

¹⁶ Milo Rowell (1903–1977) war ein amerikanischer Anwalt und Armeeeoffizier, der vor allem für seine Rolle bei der Ausarbeitung der japanischen Verfassung bekannt wurde. Charles Kades (1906–1996) war Japan-Experte, Militäroffizier und mitverantwortlich für den sog. MacArthur-Entwurf der neuen japanischen Verfassung.



Das baufällige Haus (im Bild) wurde inzwischen abgerissen und lediglich das Arbeitszimmer in die „Liberty and People’s Rights Memorial Hall“ in Kochi, wo auch eine Statue von Itagaki Taisuke steht, verlegt. https://www.city.machida.tokyo.jp/bunka/bunka_geijutsu/cul/cul03/index.html

Literatur

- Arai, Hakuseki (1980): *Told Round a Brushwood Fire: The Autobiography of Arai Hakuseki*. Übersetzt und eingeleitet von Joyse Ackroyd. Tokyo: University of Tokyo Press.
- Bauer, Wolfgang (1971): *China oder die Hoffnung auf Glück – Paradiese, Utopien, Idealvorstellungen*. München: Carl Hanser.
- Bloch, Jean de (1899): *Der zukünftige Krieg in seiner technischen, volkswirtschaftlichen und politischen Bedeutung*. 6 Bde. Berlin.
- Breckenridge, Carol A.; van der Veer, Peter (Hrsg.) (1993): *Orientalism and the Postcolonial Predicament*. Philadelphia: University of Pennsylvania Press.
- Fujii, Masato (1982) *Die Wahrheit über Japan*. Tokyo: Nichi-Doku Kyokai.
- Ghadimi, Amin (2017): „The Federalist Papers of Ueki Emori: Liberalism and Empire in the Japanese Enlightenment.“, in: *Global Intellectual History* 2 (2): 196–229.
<https://doi.org/10.1080/23801883.2017.1364138>.
- Häberle, Peter (2017): *Die 'Kultur des Friedens' – Thema der universalen Verfassungslehre*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Hall, John Whitney (1968): *Das japanische Kaiserreich*. Frankfurt a. M.: Fischer.
- Hellegers, D. M. (2001): *We, the Japanese People: World War II and the Origins of the Japanese Constitution*. 2 Bde. Stanford: Stanford University Press.
- Hori, Makiyo (1988): „The Constitution of Japan: A Logical Extension of the Ueki Draft Constitution (1881) and the American Constitution's Bill of Rights.“, in: *The United States Constitution. Its Birth, Growth and Influence in Asia*, herausgegeben von Barton Starr, Hong Kong: Hong Kong University Press.
- Ienaga, Saburō (1949): *Ueki Emori senshū (Selections of Ueki Emori)*. Tokyo: Iwanami.
- (1967): *Nihon kindai kempō shisōshi kenkyū (Forschung zur Geschichte des modernen japanischen Verfassungsdenkens)*. Tokyo: Iwanami Shoten.
- (2018 (1955)): *Kakumei shisō no senku-sha: Ueki Emori no hito to shisō (A Pioneer of Revolutionary Thought: The Person and Thought of Ueki Emori)*. Tokyo: Iwanami.
- Irokawa, Daikichi (1981): *Jiyū minken (Die Bürgerrechte)*. Tokyo: Iwanami Shinsho.
- Kempō Chōsakai (1961): *Kempō Seitei no Keikani Kansuru Shōiinkai, 47, Giji-roku (Bericht des 47sten Unterkomitees zur Entstehung der Verfassung Japans)*.
- Keene, Donald (1974): „Der erste Ansturm des Westens auf China und Japan.“, in: *Der Ferne Osten – Geschichte und Kultur Chinas und Japans*, herausgegeben von Arnold Toynbee, 189–209. Braunschweig: Georg Westermann.
- Kopf, David (1969): *British Orientalism and the Bengal Renaissance: The Dynamics of Indian Modernization, 1773–1835*. Berkeley: University of California Press.
- Lequin, Frank (Hrsg.) (1990): *The Private Correspondence of Isaac Titsingh, Vol. I (1785–1811)*. Einführung und Herausgabe von Frank Lequin. Amsterdam: J.C. Gieben.
- McNelly, Theodore (2000): *The Origins of Japan's Democratic Constitution*. Lanham: University Press of America.
- Morifumi, Kuroki (2002): „Ueki Emori no taigai shisō (Ueki Emoris Gedanken zur Außenpolitik).“, in: *Bulletin der Internationalen Universität Fukuoka*, No. 7.
- Obata, Takasuke (2008): „Ueki Emori no kenpō kōsō — 'Tōyōdai nihonkokukoken'an' kō (Ueki Emoris Verfassungsvision: Gedanken zum ‚Verfassungsentwurf der großen japanischen Nation‘).“, in: *Cultural Coexistence Studies*, Graduate School of Social and Cultural Sciences, Okayama University, No. 6.

- Okoshi, Tetsuji (2018): *Makkaasaa to Shidehara sōri: kempō kyūjō no hatsuansha wa dochira ka?* (MacArthur oder Ministerpräsident Shidehara – Wer schlug den Verfassungsartikel 9 vor?). Tokyo: Daigaku Kyōiku Shuppan.
- Roth, Andrew (1946): *Dilemma in Japan*. London: Victor Gollancz.
- Said, Edward W. (1984): „Foreword.“ In Raymond Schwab, *The Oriental Renaissance: Europe's Rediscovery of India and the East, 1680–1880*, vii–xi. New York: Columbia University Press.
- Salewski, Michael (1993): *Deutschland. Eine politische Geschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Band 2: 1815 bis 1990*. München: C.H. Beck.
- Schlichtmann, Klaus (1997): „Japan und die beiden Haager Friedenskonferenzen 1899 und 1907. Vorbereitungen für den Eventualfall.“, in: *Referate des 5. Japanologen-Tags der OAG in Tokyo*, herausgegeben von Werner Schaumann, München: Iudicium.
- (2009): *Friedensverfassungsrecht und kollektive Sicherheit. Japans Antrag auf Abschaffung des Krieges*. Münster: LIT.
- (2016): *A Peace History of India: From Ashoka Maurya to Mahatma Gandhi*. Delhi: Vij.
- (2023): „Shidehara Kijuro and the Japanese Constitution's War-Abolishing Article 9.“, in: *Japan Forum* 35 (2).
- Schücking, Walther (1918): *Der Bund der Völker. Studien und Vorträge zum organisatorischen Pazifismus*. Leipzig: Der Neue Geist Verlag.
- Schwab, Raymond (1984): *The Oriental Renaissance: Europe's Rediscovery of India and the East, 1680–1880*. New York: Columbia University Press.
- Schwebel, Gertrude C. (1881): *Die Geburt des modernen Japan in Augenzeugenberichten*. München: dtv.
- Trueblood, Benjamin (1899): *The Federation of the World*. Boston: Houghton Mifflin.
- Wakabayashi, Bob Tadashi (Hrsg.) (1998): *Modern Japanese Thought*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Suzuki, Yasuzō (1975): *Nihon kempōgakushi kenkyū (Japanische Verfassungsgeschichtsstudien)*. Tokyo: Keisō Shobō.
- Zamoyski, Adam (2015): „Tanz um die Macht.“, in: *ZEIT Geschichte*, Nr. 2. Zugriff am 7. Mai 2025, <https://www.zeit.de/zeit-geschichte/2015/02/wiener-kongress-hofburg-neuaufteilung-europa-napoleon/seite-2>.
- Zöllner, Reinhard (1990): „Lorenz von Stein und kokutai.“, in: *Oriens Extremus* 33 (1): 1–20.